

„Stuttgart für Alle“ oder nur für Investoren?

von Hannes Rockenbauch



Marktplatz Stuttgart

Die Welt ändert sich. Menschen ändern sich. Stuttgart auch? Ja klar, und das liegt nicht nur an Stuttgart 21. Wohin aber geht die Reise? Wohin entwickelt sich Stuttgart? Viele sagen: wer soll das schon wissen, wer kennt schon die Zukunft? Und überhaupt: Stadt sei nun mal nicht planbar. Ich frage mich: Soll das im Umkehrschluss heißen, dass Veränderung einfach passiert? In der Tat, diesen Eindruck könnte man in Stuttgart gewinnen.

Das Stadtentwicklungskonzept von 2004 verstaubt in den Schubladen, während ein Luxus-Bauprojekt das nächste jagt.

Aber wenn Stadtentwicklung einfach passiert, wer entscheidet dann eigentlich darüber? Die Bürger_innen, der OB, der

Baubürgermeister oder am Ende doch die Rendite?

Schaut man auf die steigenden Mieten, das Gerber oder Milaneo oder gar das Cloud 7, das gerade neben dem Milaneo in die Höhe schießt, gewinnt man in der Tat den Eindruck, Stuttgart wird von Investoren gestaltet. Schwarze wie grüne Oberbürgermeister tragen Stuttgarts Haut regelmäßig auf der internationalen Immobilienmesse MIPIM in Cannes zu Markte.

Aber wer kümmert sich dann darum, dass wir den Feinstaub in den Griff bekommen oder den Klimawandel? Oder darum, dass wir der ständig steigenden Wohnungsmieten endlich Herr werden? Tatsächlich gibt es zu fast allen Themen inzwischen einen Stuttgarter Aktionsplan, geschickt hat OB Fritz Kuhn seine Themen besetzt, aber hat

sich wirklich etwas verändert oder zum Besseren gewendet? Auch wenn Papier bekanntermaßen geduldig ist, die Menschen in unsere Stadt können nicht länger auf die angekündigten Verkehrs- oder Energiewende warten.

Ausgerechnet ein Grüner OB kündigt an, dass man die gesetzlichen Feinstaub-Grenzwerte erst nach 2021 einhalten kann.

Am Thema Wohnen lässt sich diese paradoxe Situation wohl am drastischsten illustrieren, deswegen widmet sich diese Stadtplanausgabe besonders in mehreren Beiträgen dem Thema Wohnen.

Im Kleinen sieht man das momentan auch an der Diskussion um den Verkauf einer städtischen Immobilie direkt hinterm Rathaus. Hätten sich die anderen Fraktionen in den letzten Haushaltberatungen mit unserem Antrag für einen Rahmenplan Rathausquartier beschäftigt und ihn nicht abgelehnt, dann hätten sie vielleicht heute eine Vorstellung davon gehabt, dass an so einer prominenten Stelle städtebauliche öffentliche Bürgerräume und bezahlbarer Wohnraum oder vielleicht gar städtische Ämter sinnvoller wären als ein weiteres Hotel.

Rosensteindialog — eine neue Demokratiespielweise?

Das mangelnde strategische Verständnis von Stadtentwicklung wird am deutlichsten in der Wiederauflage des Rosensteindialogs. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS lehnt den erneut von OB Fritz Kuhn ins Spiel gebrachte Rosensteindialog ab. Unsere Kritik an Stuttgart 21 ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Grund. Dieses Verfahren kommt zur Unzeit und ist Beschäftigungstherapie.

Stuttgart 21 ist weder fertig geplant, genehmigt noch finanziert.

Wann und ob überhaupt heutige Bahnflächen für die Stadtentwicklung zur Verfügung stehen, lässt sich heute nicht sagen. Weder ist die Bauzeit von Stuttgart 21 überschaubar, noch ist klar, ob diese heutigen Bahnflächen für die Stadtentwicklung entwidmet werden können. Bis heute hat sich die Stadtverwaltung geweigert, gerichtlich feststellen zu lassen, ob eine

Entwidmung überhaupt möglich ist. Ohne einen offenen Dialogprozess über die grundsätzliche Entwicklungsrichtung unserer Stadt droht projektbezogene Planung zu purem Aktionismus zu werden, dem der Blick für die Gesamtentwicklung Stuttgarts fehlt. So werden wieder Fehlentwicklungen programmiert.

Aus stadtklimatologischen Gründen ist es fatal, die Frischluftentstehungsgebiete der Gleisflächen für Bebauung zu opfern.

Tut man dies, droht für tausende Einwohner_Innen, die im sensiblen Talkessel leben, eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität. Der durch den Klimawandel und die Stuttgarter Kessellage extreme Temperaturanstieg in den nächsten Jahren wird durch zusätzliche Wärmespeicherkapazitäten verstärkt. Hinzu kommt, dass zusätzliche Nutzungen zu erheblich mehr Verkehr genau an den Stellen führen, die heute schon von Feinstaub belastet sind.

Ein dynamischer Lernprozess ist notwendig

Zukünftige Herausforderungen, die von bezahlbarem Wohnraum über Feinstaub, Klimaanpassung bis zur weiteren ökologische Entwicklung des Wirtschaftsstandortes reichen, lassen sich aber nur mit einer gesamtstädtischen Betrachtungsweise beantworten. Erst auf dieser Grundlage lässt sich eine spezifische Projekt- und Quartiersentwicklung sinnvoll bewerten. Nur wer die Diskussion vor Ort mit einer solidarischen Gesamtstrategie verbindet, vermeidet, sich im Kleinklein und in

Kirchturmpolitik zu verirren. Zu was es führt, wenn so eine Gesamtstrategie für Stuttgart fehlt, wird jetzt in puncto Erneuerbare Energie sichtbar. Wie soll denn die Energiewende für Stuttgart gelingen, wenn vor Ort jedes Projekt, ob Windrad oder Biogasanlage, auf Widerstand stößt? Jede Beteiligung vor Ort muss sich seiner Verantwortung für das gemeinsame Gelingen in der Gesamtstadt stellen. Damit an dieser Stelle keine Missverständnisse aufkommen: Einen Plan für alles und jede Situation wird es nie geben.

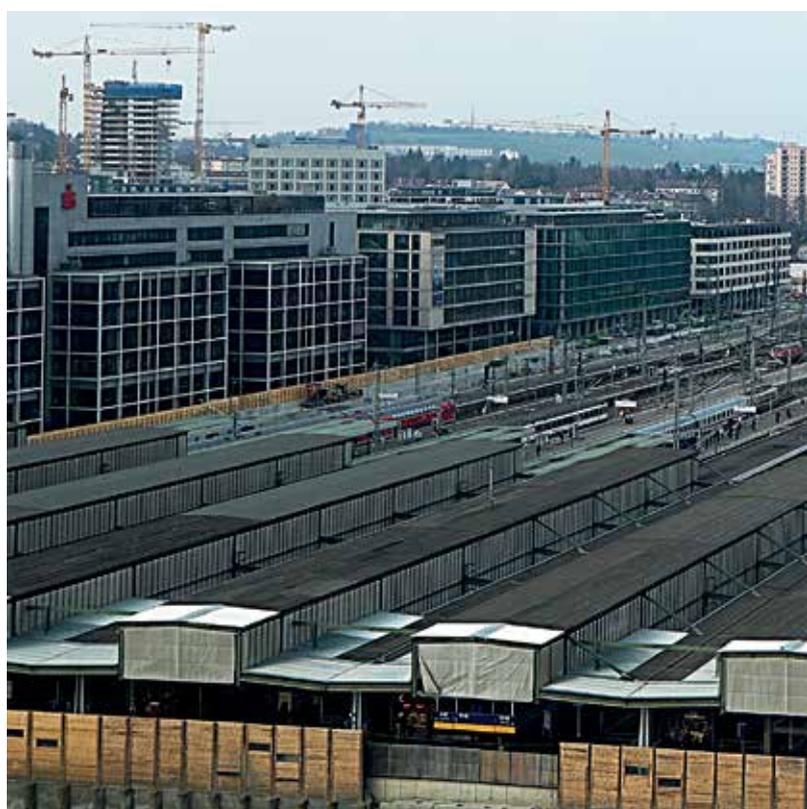
Wir verstehen unter strategischer Ausrichtung in der Stadtentwicklung aber mehr als die Diskussion um Flächennutzung und Baukultur. Uns geht es um einen dynamischen Lernprozess. Für uns ist selbstverständlich, dass dieser Lernprozess nicht ohne den Blick auf die lokalen Gegebenheiten und Besonderheiten der vielfältigen Stuttgarter Stadtteilstruktur auskommt. Fest steht, dieser Lernprozess bedarf der Menschen, die in Stuttgart leben.

Es geht um neue Wege in Richtung kooperativer Planung von Politik, Verwaltung und Bürgern.

„Bürger sind nicht nur Abnehmer von Expertenvorlagen, die Bürger selbst sind Experten des Alltags, und auf diese Expertise kann unsere Stadt nicht verzichten,“ (08.11.2014) das sagte OB Kuhn. Aber bitte nicht mit Alibi-Bürgern. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg läuft Gefahr, genau an dieser Stelle zu entgleisen. Enttäuschung und Frust der Bürger_Innen sind dann genauso so vorprogrammiert wie bei der „Offenen Bürgerbeteiligung



© Roland Hägele



Feinstaubmessstelle am Neckartor

zu Stuttgart 21“ im Jahre 1997 oder nach dem Filderdialog von 2012. Statt Gräben zu überwinden, werden so neue in der Stadtgesellschaft aufgerissen. Deswegen kann es nicht sein, dass bevor überhaupt geklärt ist, wie z. B. die Anbindung des Rosensteindialogs an Politik und Verwaltung aussehen soll, nun schon Kriterien für die Vergabe eines Kommunikations- und Mediationsprozess erarbeitet werden. Ohne Vorabklärung der Verbindlichkeit ist keine ernst gemeinte Beteiligung möglich und ohne vorgeschaltete Prozesse zur gesamtstädtischen Strategie sind keine inhaltlich sinnvollen Antworten auf die Frage: „Wie wollen wir in Stuttgart in Zukunft leben und wohnen“ möglich.

Aus diesen Gründen lehnen wir das jetzige Prozedere als unverbindliche Alibiveranstaltung und Ablenkung von Stuttgarts tatsächlichen Problemen ab.

Alles weist darauf hin, dass der Bürger wieder an der Nase herumgeführt werden soll. Bezeichnenderweise werden jetzt von der Landesregierung nicht mit uns Bürgern die Erfahrungen aus Stuttgart 21-Bewegung ausgewertet, sondern mit der Bahn.

Die Bürger_innen sind die Experten

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS hat mit der „Stuttgart für Alle“ Konferenz einen alternativen Prozess mit angestoßen. Der Prozess „Stuttgart für Alle“ unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von dem jetzt vorgelegten Verwaltungsvorschlag:

- „Stuttgart für Alle“ nimmt die Gesamtstadt in den Fokus.
- „Stuttgart für Alle“ beteiligt schon bei der Aufgabenstellung und bei der Definition der Spielregeln die Bürger_innen.
- „Stuttgart für Alle“ nimmt sich Zeit.
- „Stuttgart für Alle“ ist kein weiteres Kommunikations- oder Mediationsverfahren, sondern strebt ein Kooperatives Planungsverfahren, zwischen Bürger_innen, Politik und Verwaltung an.
- „Stuttgart für Alle“ ist Anstoß, um über eine neue Politik und Verwaltungskultur nachzudenken, die Kooperation von Anfang an institutionell und organisatorisch unterstützt.
- Besonders wichtig ist bei „Stuttgart für Alle“, dass dieser Prozess unter Beteiligung eines breiten Bevölkerungsquerschnittes stattfinden und nicht nur eine Diskussionsveranstaltung gut gebildeter und sozial abgesicherter Bürger_innen mit genügend Zeit darstellt.

Wir werden mit Rat und Tat am Gelingen mitwirken, denn wir wollen, dass über die Frage „Wie wollen wir in Zukunft in Stuttgart leben und arbeiten?“ alle Menschen in Stuttgart mitentscheiden. Andere Fraktionen sagen uns: das wollen oder können die Menschen doch gar nicht. Wir sagen den anderen Fraktionen: Ihr habt bewiesen, dass ihr es nicht könnt, ihr habt das A1-Viertel, Milaneo, Gerber, den Wasserverkauf, das Versagen beim Feinstaub, die steigenden Mieten, fehlenden sozialen Wohnungsbau, den unzureichenden Glasfaserausbau und das Chaos bei der Mobilfunkversorgung zu verantworten. Dazu



Hannes Rockenbauch
Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

kommen die eklatanten Versäumnisse bei Investitionen in die Instandhaltung für Schulen, Kitas, Bäder und Kulturinstitutionen. Dafür habt ihr euch teure und schädliche Fehlinvestitionen wie den Rostensteintunnel und S21 geleistet.

Wir sagen, die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 haben bewiesen, dass es auch anders geht: Die Bürger_innen sind die Experten. Die Bürger_innen Stuttgarts dürfen jetzt nicht warten, bis unsere Zukunft verbaut ist.



Gleisvorfeld am Hauptbahnhof Stuttgart



Stadtlabor Stuttgart

Spekulation treibt Mieten

von der Redaktion

Was alle Stuttgarter_innen längst wissen, ist nun amtlich: in Stuttgart herrscht Wohnraumnot. Mieter_innen sind fast jährlich mit steigenden Mieten konfrontiert und die Mieten in Neubauten oder sanierten Gebäuden explodieren – längst sind nicht mehr nur Menschen mit den kleinsten Einkommen von dieser Entwicklung bedroht. Oberbürgermeister Kuhn hat seinen Wahlkampf mit dem Thema „Wohnen“ bestritten und erklärte nach seiner Wahl das Thema „Wohnen“ zur „Chefsache“.

Ebenso sind fast alle Parteien zur Kommunalwahl mit dem Versprechen angetreten, sich für mehr bezahlbaren Wohnraum einzusetzen.

Was hat sich aber seither getan? OB Kuhn hat, was die Nöte der Mieter_innen und Wohnungssuchenden angeht, in dieser „Chefsache“ erst mal eine ziemlich gemächliche Gangart eingelegt. Er setzt vor allem auf die Selbstheilungskräfte des Wohnungsmarkts, also der Wohneigentümer_innen, Wohnbaugesellschaften und Immobilienunternehmen, die bis heute nur eines beweisen: dass sie kein Interesse an bezahlbarem Wohnraum haben. Denn der Wohnungs- und Immobilienmarkt ist die derzeit attraktivste Anlagemöglichkeit für jegliches Kapital – hohe Verzinsung ist garantiert. Der zuständige Finanzbürgermeister Föll (CDU) sieht trotz zahlreicher Gutachten und den konkreten massiven Preisschüben im Stuttgarter Mietspiegel bislang keinen Handlungsbedarf. Er plant stattdessen lieber an einem Kongresszentrum für Stuttgart. Deshalb wird in Stuttgart weiterhin tagtäglich umgewühlt, abgerissen und mit lukrativen Neubauten betoniert. Die Kampagne mit grünen Plakaten und dem „flotten“ Spruch: „Wohnraum



Gebäude Nadlerstraße

schaffen – Leerstand vermeiden“ und die Schaffung eines „Bündnisses für Wohnen“ wird zu keiner Verbesserung der aktuellen Situation führen. Dieses sogenannte „Bündnis für Wohnen“ ist ein Runder Tisch, bestehend aus Vertreter_innen des Wohnungs- und Immobilienmarkts und des Oberbürgermeisters, die in regelmäßigen Abständen hinter verschlossener Türe tagen, ohne die Möglichkeit für Stadträt_innen oder Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, sich einbringen zu können. Nur wenn die Stadtverwaltung einem möglichen Investor anbietet, beim Verzicht auf Höchstmieten die nicht erzielbaren Renditen durch Vergünstigungen und Zuschüsse auszugleichen, hat das Bündnis für Wohnen eine Wirkung. Aber diese Wirkung wäre schädlich, weil durch solche Preissubvention Investoren mit öffentlichem Geldern auch noch für ihre kapitalgesteuerte Immobilienpolitik belohnt werden. Deshalb bleibt das OB-Projekt „Bündnis für Wohnen“ wirkungslos. Genau wie die Plakate in der Stadt, die an das Gewissen von Eigentümer_innen appellieren sollen.

Dabei gäbe es zahlreiche konkrete Maßnahmen, um präkere Wohnraumsituation zum Besseren zu wenden.

Mit einer „Gebietskulisse zur Wohnraumgefährdung“ hat die Grün-Rote-Landesregierung in Baden-Württemberg nun offiziell festgestellt, dass die Wohnungsverorgung in Stuttgart gefährdet und ohne politisch steuernde Maßnahmen nicht zu beheben ist. Wegschauen gilt ab jetzt nicht mehr. Der Markt wird es also nicht mehr von alleine richten – politische Eingriffe sind nötig, wenn wir nicht sehen wollen, den Mieter_innen bezahlbaren Wohnraum zu entziehen. Wir erwarten nun von der Stadtverwaltung konkrete Maßnahmen. Die Stadt hat schon heute die Möglichkeit, Gebäude und Flächen in der Stadt zu kaufen, um diese von der Stadt mit bezahlbarem Wohnraum zu bebauen. Ganz konkret bietet sich diese Möglichkeit hinter dem Rathaus bei einem Gebäude in der Nadlerstraße an. Hier plant ein Investor die Entkernung und Umnutzung des bestehenden Gebäudes in ein Design-Hotel mit der Unterstützung des Finanzbürgermeisters Föll. Im Stuttgarter Westen stand Jahrelang eine im Besitz der SSB befindliche Fläche frei, auf der 40 Wohnungen entstehen könnten (→ siehe Anträge unserer Fraktion). Nun hat ein Investor die Fläche gekauft und wird entsprechend SIM nur acht bezahlbare Wohnungen schaffen.



Rathausgarage

Eine „beachtliche“ Zahl, wenn man bedenkt, dass die Stadt im Jahr 2014 ganze null geförderte Mietwohnungen mitfinanziert hat. Die Prioritäten liegen wohl trotz der Lippenbekenntnisse und schönen Sonntagsreden beim Bau von Kongresshäusern, der Sanierung der Oper und anderen Prestigeprojekten. Wir erwarten von Oberbürgermeister Kuhn umgehend eine Satzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen einzubringen, so wie SÖSLINKE-PluS es seit Monaten fordert und die Städte Freiburg und Konstanz es vormachen. Es ist ein Skandal, dass tausende Wohnungen in Stuttgart gewollt leer stehen, während Familien durch hohe Mietkosten in die Armut gedrängt werden oder dazu gezwungen werden, in das Umland zu ziehen.

Eine Wohnung bewusst leer stehen zu lassen, ist eine Ordnungswidrigkeit und muss mit einem hohen Bußgeld belegt werden.

Neben dem Kauf von Flächen und Gebäuden von Seiten der Stadt und einer Zweckentfremdung muss der Gemeinderat/die Stadt die gängige Praxis beenden, Boden weiter zu privatisieren. Der Grundstücksmarktbericht weist jährlich gewaltige zweistellige Wertzuwächse aller Baugrundstücke aus. Die Spekulation auf steigende Bodenwerte treibt die Kosten für's Bauen und damit die Mieten immer weiter in die Höhe.

Deshalb fordert unsere Fraktionsgemeinschaft schon lange einen am Gemeinwohl orientierten Bodenfonds, um die Spekulation am Immobilienmarkt zu beenden.

Eine Dämpfung der Bodenspekulation gelingt uns nur, wenn städtische Flächen nach dem Prinzip „benutzen statt besitzen“ in Erbpacht vergeben werden und nicht als renditeträchtige Kapitalanlage in Privatbesitz übergeben werden.

Auszug aus der Rede von Stadtrat Christoph Ozasek (DIE LINKE) am 7. Mai im Gemeinderat Global denken, lokal handeln



Christoph Ozasek
Stadtrat DIE LINKE

Das Vorhaben der Stadtwerke Stuttgart zur Errichtung von Windenergieanlagen im Tauschwald hat erfreulicherweise großes öffentliches Interesse hervorgerufen. In einer Gemeinderatssitzung am 7. Mai wurde nun darüber entschieden, ob ein ergebnisoffener Prozess, mit umfangreichen Anhörungen von Fachverbänden, Trägern öffentlicher Belange und der Bürgerschaft, zur Neuzonierung des Landschaftsschutzgebiets, zum Denkmalschutz und zu immissionsschutzrechtlichen Fragen am Standort eine belastbare Faktengrundlage herstellen soll, auf deren Basis der Rat nach Abwägung aller Erkenntnisse zu einer abschließenden politischen Entscheidung für oder wider das Projekt gelangen kann. Die Stadtwerke Stuttgart haben in örtlichen Windmessungen und Fachgutachten dargelegt, dass die Windhöflichkeit mit 5,81 m/s Windgeschwindigkeit gegeben und ein wirtschaftlicher Betrieb einer Schwachwindanlage, trotz Abschaltzeiten zum Zweck des Artenschutzes, zu erwarten ist. In einem landschaftspflegerischen Begleitplan können – parallel zum Genehmigungsverfahren – qualifizierte Maßnahmen festgesetzt werden, um die Eingriffe zu mindern und möglichst auszugleichen. Die anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisse um diese Anlagentechnik sprechen eine unmissverständliche Sprache: Es sind keine gesundheitsschädigenden oder –beeinträchtigenden Folgen für

die Wohnbevölkerung der anliegenden Quartiere zu erwarten. Unumstritten ist jedoch, dass die spezifische Artenschutzbegutachtung für den Tauschwald Konflikte aufgezeigt hat. Die Umwelt- und Naturschutzverbände haben völlig zurecht diesen gewichtigen Fakt betont. Dass es zu diesen Zielkonflikten am Standort überhaupt kommt, liegt im Übrigen daran, dass der Lebensraum für viele heute gefährdete Arten durch falsche Politik immer weiter schrumpft. Die industrielle Landwirtschaft und fortschreitender Flächenfraß sind ganz wesentlich dafür verantwortlich, für eine Politik, der wir als Fraktionsgemeinschaft entschieden widersprechen. Eine abschließende Abwägung über die Frage der Realisierung des Windparks kann erst am Ende des Genehmigungsverfahrens erfolgen. SÖS-LINKE-Plus wird auf Grundlage von Fakten ihre Entscheidung treffen. Da die heutige Entscheidung jedoch untrennbar mit der grundsätzlichen Frage verbunden ist, wie die Urbane Energiewende in unserer Stadt gelingen



kann, möchten wir an dieser Stelle die Betrachtungsperspektive unserer Fraktionsgemeinschaft erläutern: Vor wenigen Tagen richteten 17 renommierte Klimawissenschaftler in einem dramatischen Appell eine unmissverständliche Warnung an die Weltöffentlichkeit:

Bis zum Ende des Jahrhunderts droht ein Anstieg der Oberflächentemperatur von 6 Grad Celsius.

Das kleine Zeitfenster zur Verhinderung dieser katastrophalen Schädigung der Biosphäre schließt sich in kurzer Zeit. Ein unkontrollierter Klimawandel führt zur rasanten Verschiebungen von Klima- und

Vegetationszonen. Wissenschaftler rechnen bis 2050 mit dem Aussterben von einem Drittel aller Arten von Landpflanzen und Tierarten. Die Städte verantworten etwa 70 Prozent der energiebedingten Emissionen. Ihre Aktivitäten entscheiden deswegen über das Erreichen der Klimaziele, also einer Beschränkung auf 2 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts und damit einen kontrollierbaren Klimawandel. Bisherigen Aktivitäten in Stuttgart zum Klimaschutz und zum Umbau der Energieversorgung sind – in der Gesamtbeurteilung – verschwindend gering: 14 % CO₂-Einsparung seit 1990. 1,1% des Energieverbrauchs der Stadt stammt aktuell aus Erneuerbaren Energieanlagen im Stadtgebiet. Verbrauchs- und Konsumgewohnheiten in der Bevölkerung müssen sich drastisch ändern, deshalb kommt auch die Politik nicht darum herum, Menschen unbequeme Wahrheiten zu präsentieren und Strukturen hier vor Ort neu zu ordnen. Wir sind es den kommenden Generationen schuldig, alle sich uns eröffnenden Potentiale – und der Tauschwald ist ein solches Potential – zu nutzen, um Energie einzusparen, Energie – dort wo sie nicht verzichtbar ist – so effizient wie möglich einzusetzen und fossile Energie durch erneuerbare Energie auszutauschen. Diese drei Säulen der Energiewende dürfen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zwei Windenergieanlagen im Tauschwald wären ein Beitrag für dezentrale, lastnahe Energieerzeugung und ökologische Wertschöpfung in unserer Stadt. Wir haben keine zweite, dritte, vierte Erde, aus der wir unendlich Ressourcen schöpfen können. „Global denken, lokal handeln“ ist deshalb kein belangloser Sponti-Spruch aus Zeiten der lokalen Agenda, sondern ein Problemlösungsprinzip zu nachhaltiger Entwicklung, das nichts an Aktualität eingebüßt hat. Geben wir dem Projekt die Chance aufzuzeigen, dass die Eingriffe in schutzwürdige Güter beherrschbar sind, und Ausgleich hergestellt werden kann. Sollte sich hingegen der Konflikt um den Artenschutz als unüberwindbare Hürde im weiteren Verfahren herausstellen, als faktische Restriktion, so wird SÖS-LINKE-Plus selbstverständlich von der Umsetzung des Projekts Abstand nehmen.

Die Wohnraumsituation der Studierenden in Stuttgart

von Christian Walter



Christian Walter

Stadtrat

Studentische Liste – junges Stuttgart

Seit Jahren bewegen sich die Studierendenzahlen in Stuttgart nur in eine Richtung: nach oben. Während zunächst die Abschaffung der Wehrpflicht und der doppelte Abiturjahrgang aufgrund der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium voll auf die Studierendenzahl durchschlugen, verfestigt sich nun der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen. Die Folge: Mittlerweile studieren 60.000 Menschen im Bereich des Studierendenwerks Stuttgart. Mit dieser politisch gesteuerten und gewollten Entwicklung gehen zahlreiche Probleme einher: Die Universitäten leiden unter Raum- und Personalnot, die Mensen sind dem täglichen Ansturm kaum gewachsen. Ein Problem jedoch tritt am gravierendsten

hervor – der Mangel an günstigem Wohnraum. Dabei tragen die Studierenden selbst zur Verschärfung des Problems bei. Ein massiver Teil des jährlichen Zuzugs nach Stuttgart besteht aus Studierenden, die dann mit anderen Gruppen um den für sie elementaren günstigen Wohnraum konkurrieren – eine paradoxe Situation. Doch wer studieren möchte, hat oft keine große Wahl: Die Attraktivität des Hochschulstandorts und auch die wirtschaftliche Stärke locken viele aus der Ferne an. Studierende aus der Nähe wollen irgendwann ebenfalls ihre Unabhängigkeit erlangen und nicht auf Jahre bei ihren Eltern bleiben. Der geeignete Wohnraum für einen Auszug fehlt in Stuttgart allerdings. Somit sind sie zum Pendeln gezwungen – zwei Stunden für eine einfache Fahrt vom Wohnort zur Hochschule sind dabei keine Seltenheit.

Zu bedenken ist stets, dass Studierende durchschnittlich über sehr geringe Monatseinkommen verfügen. Diese Situation wurde durch die Bologna-Reform verschärft, die den Studierenden zahlreiche Anwesenheitsverpflichtungen und neuartige Prüfungsfristen abverlangt, die wiederum das Arbeiten neben dem Studium extrem einschränken. Auch das Bafög, das jahrelang nicht erhöht wurde, ist dabei nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. In Stuttgart leiden Studierende zusätzlich darunter, dass der Preis des VVS-Semestertickets mit rund 200 € einer der höchsten in ganz Deutschland ist. Dass ein eklatanter Mangel an Wohnraum besteht, zeigt sich nicht zuletzt daran,

dass das Studierendenwerk gerade einmal 6.500 Wohnheimplätze vorhalten kann. Oftmals bleibt keine andere Wahl, als sich in völlig überbelegte WGs einzumieten. Preise von bis zu 400 € für ein einfaches Zimmer, zum Beispiel in Stuttgart-West, sind mittlerweile Standard – und die Vermieter reiben sich die Hände, denn die Studierenden werden dadurch zu einer sehr lukrativen Einnahmequelle.

Doch was ist die Lösung? Natürlich profitieren Studierende wie alle anderen betroffenen Gruppen von Maßnahmen, die zusätzlichen günstigen Wohnraum schaffen oder zur Mietpreisdämpfung beitragen. Zusätzlich ist es aber unabdingbar, dass etwa dem Studierendenwerk Flächen zur Verfügung gestellt werden, um neue Wohnheimplätze zu schaffen. Bisher unterlag das Studierendenwerk hier oft Investoren, die sich im Höchstbieterverfahren spielend leicht durchsetzen können. Die Folge: Wo eine große Zahl Studierender auf engem Raum, aber zu annehmbaren Preisen wohnen könnte, entstehen möglicherweise profitablere Luxuswohnungen. Dabei könnte man Studierende auch gezielt ansiedeln, um Quartiere weiter zu entwickeln – insbesondere für das Leonhardsviertel erscheint dies eine spannende Idee zu sein!

Letztendlich ist es wichtig, dass die von der aktuellen Wohnraumsituation betroffenen Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass eine Politik stattfindet, die möglichst allen hilft.



© Roland Hägele

Wohnen für Studierende am Filderbahnplatz

Mieter wehren sich

von Ursel Beck



© Wolfgang Rüter

Protestaktion vor SWSG-Kundencenter

Mit der SWSG und ihren 18.000 Wohnungen hat die Stadt das Mittel in der Hand, die Mieten in Stuttgart zu dämpfen, preisgünstige Wohnungen zu erhalten und neu zu bauen. Doch die SWSG-Geschäftsführung, Aufsichtsratsvorsitzender Föll und alle Gemeinderäte im Aufsichtsrat – außer Tom Adler und Guntrun Müller-Enßlin von der Fraktion SÖS-LINKE-PluS – machen genau das Gegenteil. Sie baut mehr Eigentumswohnungen als Sozialwohnungen. Für nur 36 neue Sozialwohnungen hat die SWSG im Jahr 2014 Förderanträge gestellt. Auf der Rohrer Höhe standen einst Sozialwohnungen. Sie wurden abgerissen. An ihrer Stelle stehen jetzt Eigentumswohnungen und teurere Mietwohnungen.

In der Halbhöhenlage Ziegelklinge in Stuttgart Süd fallen die wenigen Sozialwohnungen der Modernisierung zum Opfer.

Es gibt eine breite Mehrheit bei den Gemeinderäten im Aufsichtsrat der SWSG für diese Modernisierungsvertreibung. Die Erhöhungen des neuen Mietspiegels werden bei der SWSG bei Neuvermietung postwendend umgesetzt. Eine modernisierte Dachgeschosswohnung im Hallschlag mit Baujahr 1928 wurde unlängst für 9,45 Euro Kaltmiete neu vermietet. Eine 4-Zimmer-Neubauwohnung mit 101 Quadratmeter in Heumaden bietet die SWSG für sage und schreibe 1.224,78 Euro (12 Euro pro Quadratmeter) Kaltmiete an. Weil vom Rasenmähen, über die Gebäudereinigung

bis zur kleinsten Reparatur alles an Fremdfirmen geht, werden Millionen Euro verbrannt. Die Mieter zahlen einen Großteil dieser Kosten bei oft nicht erfolgter oder miserabel ausgeführter Leistung über die Betriebskosten. Zur Abwehr von lästigen Nachfragen, Reklamationen oder Vorschlägen von Mietern fungiert die Hotline als Firewall. Die gesetzliche Instandhaltungsverpflichtung wird nicht eingehalten. Es gibt Siedlungen, da wurde jahrzehntelang so gut wie nichts gemacht. Da gibt es völlig marode Fenster. Fensterläden fallen einfach mal so ab und werden nicht mehr montiert.

In der Stiftswaldstraße im Lauchhau sackt ein Aufzug regelmäßig ein paar Stockwerke ab.

Fassaden und Hausflure sind heruntergekommen. Mieter klagen über zu hohe und falsch berechnete Betriebskosten. Im Lauchhau wurde und wird das Trinkwasser mit Phosphaten gepanscht und die Kosten dafür den Mietern aufgehalst. (Wir berichteten in Stadt.Plan 1/2014) Das alles wollen immer weniger SWSG-Mieter hinnehmen. Sie wehren sich.

Mieter organisieren sich

Wo immer derzeit zu Mieterversammlungen in SWSG-Siedlungen eingeladen wird, gibt es Versammlungen mit 25 bis 120 Mietern. Im Hallschlag überbrachten Mieter

mit einer Aktion am 26.2. vor und im Kundencenter ihre Forderungen an die SWSG.

Die Fraktion SÖS-Linke-PluS unterstützt die Forderungen und Ziele der Mieterinitiativen.

So wurden in den letzten Monaten Anträge und Anfragen in die Bezirksbeiräte eingebracht. Vertreter der SWSG-Geschäftsführung mussten Rede und Antwort stehen. Betroffene Mieter meldeten sich in den Sitzungen mutig zu Wort. Der Druck der Mieterinitiativen wirkt. Zu ihren Erfolgen gehört u. a. dass die SWSG in Zuffenhausen und im Lauchhau überfällige Instandhaltungsmaßnahmen angekündigt hat.

Mieterhöhung verhindern

Alle drei Jahre erhöht die SWSG die Mieten um bis zu 10%. Die nächste Erhöhung steht nach diesem Plan für Mitte 2016 an. Das muss verhindert werden. Denn für die SWSG-Mieter ist die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten.

Kontakt zu den Mieterinitiativen über

- <http://www.mieterinitiativen-stuttgart.de>
- info@mieterinitiativen-stuttgart.de

„Was ist am ‚Freien WLAN‘ frei?“

von Initiative Freifunk Stuttgart

Liebe Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West,

in der letzten Ausgabe dieser Zeitung haben wir euren Artikel „Was ist am ‚Freien WLAN‘ frei?“ gelesen und möchten auf einige Fragen aus diesem Beitrag antworten.

Was ist am „Freien WLAN“ frei?

Zunächst: Freies WLAN ist nicht gleich kostenloses WLAN. Gerber, Milaneo, das WLAN-Angebot des Stadtmarketings, Budnikowsky in Hamburg- ...

Das alles sind kostenlose WLAN-Angebote – aber keine freien.

„Kostenlos“ heißt, es gibt eine Registrierungspflicht (z. B. über eine SMS oder andere Anmeldung), und/oder das Surfverhalten der Benutzer wird gespeichert und ausgewertet. Man bezahlt das „kostenlose“ WLAN also mit seinen Daten und dem Einblick in seine Kommunikation. Schon hier unterscheidet sich freies WLAN – so wie die Freifunk-Bewegung es versteht – deutlich von diesen kommerziellen Produkten: Bei freiem WLAN nach Freifunk-Art ist weder eine Registrierung nötig, noch werden Daten über den Benutzer oder sein Surf-Verhalten erfasst.

Freifunk? Was ist Freifunk?

Diese Frage stellt euer Artikel nicht. Aber wir schieben sie hier ein, weil ein paar Worte zur Erklärung gerade passen: Freifunk ist ein Projekt von Freiwilligen in ganz Deutschland, die eine dezentrale, selbstverwaltete WLAN-Infrastruktur als Alternative zum Internet aufbauen.

Wikipedia schreibt: „Freifunk ist eine nicht-kommerzielle Initiative im deutschen Sprachraum mit Ursprung in Berlin. Sie widmet sich dem Aufbau und Betrieb selbstverwalteter lokaler Computer-Netzwerke als freies Funknetz. Ziele sind ein

hoher Grad an Zensurresistenz, eine Förderung lokaler Kommunikation, ein möglichst dezentraler Aufbau, Anonymität und Überwachungsfreiheit.“

Freifunk bietet jedermann die Möglichkeit, das Netzwerk zu benutzen und am Netzwerk mitzubauen (auch ohne Technikenkenntnisse) sowie eigene Dienste darin zur Verfügung zu stellen (z. B. lokales Internet-Radio oder Freifunk-interne Telefonie). Dass man über Freifunk auch ins Internet kommt ist dabei eigentlich Nebensache. Die ersten Freifunk-Aktivitäten in Stuttgart gab es schon 2005, und seit der Vereinsgründung im letzten Jahr ist das Netz auf ca. 140 Knoten im Großraum Stuttgart gewachsen. Das ist schon mal nicht schlecht – aber noch deutlich weniger als die gut 600 Freifunk-Knoten in Hamburg. N.B.: Aktuell arbeiten wir zusammen mit den Freundeskreisen mehrerer Flüchtlingsheime daran, die Heime mit Freifunk zu versorgen.

Was ist mit der Strahlenbelastung?

Wer durch Stuttgart geht und dabei sein Handy nach WLAN-Netzen suchen lässt, wird mehr als fündig: Buchstäblich tausende von WLANs aus Wohnungen, Büros und Ämtern funken bis auf den Bürgersteig. Zwar strahlen selbst eine Million WLANs weniger als eine einzige Mobilfunk-Basisstation, aber man kann sich schon fragen, ob es wirklich ein separates WLAN pro Wohnung braucht. Die Antwort darauf lautet heute: Ja, es braucht wirklich in jeder Wohnung ein separates WLAN, weil u. a. die Störerhaftung die Menschen in

Deutschland dazu bringt, ihre Internet-Anschlüsse voreinander zu verschließen statt sie zu teilen. Also lieber in jeder Wohnung einen eigenen Internet-Anschluss mit WLAN betreiben (für teures Geld) als z. B. ein gemeinsames WLAN pro Haus. Auch da könnte Freifunk Abhilfe schaffen: Wenn die Benutzer, die nur gelegentlich ins Internet gehen, ihr eigenes WLAN abschaffen und stattdessen bei Freifunk mitmachen!

Und die Geheimdienste?

Wir haben bereits erwähnt, dass bei Freifunk keine Registrierung nötig ist und keine Daten über den Benutzer oder sein Surf-Verhalten erfasst werden. Vielmehr wird der Verkehr des Benutzers direkt auf dem Freifunk-Knoten verschlüsselt und auf einen Server im Ausland weitergeleitet – als Antwort auf die leidige Störerhaftung im Neuland-Land.

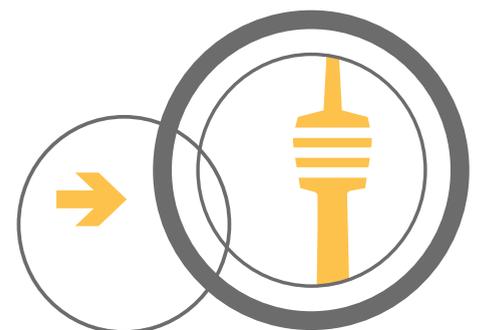
Freifunk heißt also nicht mehr Daten für Industrie oder Geheimdienste, sondern keine Datensammlung, kein Anmeldezwang, kein Tracking.

Das war auch der Grund für die Gründung des Stuttgarter Vereins auf der überwachungskritischen PrismCamp-Konferenz (heute No-Spy-Konferenz) im letzten Jahr.

Liebe Bürgerinitiative,

euer Votum gegen „kostenlose“ städtische WLAN-Netze ist aus unserer Sicht eine gute Idee. Wir würden uns freuen, wenn wir euch davon überzeugen könnten, dass eine Unterstützung von Freifunk ebenfalls eine gute Idee ist. Wir stehen für Fragen, Diskussionen und Kritik gerne zur Verfügung!

Viele Grüße,
Freifunk Stuttgart



freifunk stuttgart

Das innovative Mobilfunkkonzept in St. Gallen



von links nach rechts: Harry Künzle, Clarissa Seitz, Peter Hensinger, Hannes Rockenbauch

Unsere Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE PluS hat gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 16.4.2015 Herrn Harry Künzle, Leiter des Amtes für Umwelt und Energie aus St. Gallen zum Thema innovative und strahlungsarme Mobilfunkkonzepte eingeladen.

Aufgrund ständig steigender Datenraten, die auf Rechner, Tablets, Smartphones etc. heruntergeladen werden, kommen Mobilfunkbetreiber kaum noch mit dem Ausbau und der Aufrüstung ihrer Sendeanlagen hinterher.

Dies stößt gerade auch in Stuttgart zunehmend auf Proteste von Bürger_innen

Herr Künzle erläuterte die Basis für das Mobilfunkvorsorgekonzept seiner Gemeinde: Solange nicht bewiesen sei, dass Mobilfunkstrahlung keinerlei Auswirkungen auf die Gesundheit hat, ist die Strahlungsmenge zu minimieren. Dies ist der Stadt St. Gallen hervorragend gelungen.

Der technische Fortschritt bei der Kleinzellenarchitektur von Sendezellen verwirklicht sowohl eine technisch leistungsfähige Versorgung als auch eine Strahlenminimierung. Diese neue Versorgungstechnik, hat die Stadtverwaltung gemeinsam mit einer Fachhochschule entwickelt. Es basiert auf einem dichten Kleinzellennetz mit

sogenannten Femtozellen. Ein weiterer Vorteil dieser Technik liegt in seiner Ästhetik: die kleinen Zellen können auch an denkmalgeschützten Gebäuden völlig unauffällig angebracht werden. Damit vermied man zugleich eine Verschandelung der historischen St. Galler Innenstadt mit Großmasten.

In einer Volksabstimmung wurde dieses Projekt genehmigt, heute ist es ein voller Erfolg.

2011 wurde die Pilotinstallation auf den Weg gebracht, bereits 2014 wurde Wireless St. Gallen in den Normalbetrieb überführt.

Ein Netz steht allen Nutzern kostenlos zur Verfügung.

Allerdings muss – so Herr Künzle – eine Stadt bereit sein, Geld in die Hand zu nehmen.

Peter Hensinger von der Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West erläuterte im Anschluss kurz die Situation in Stuttgart und zeigte auf, welchen Aufholbedarf es in unserer Stadt gibt: Der Ausbau des Glasfasernetzes wurde versäumt; die Stadt nimmt ihr Recht auf eine Alternativplanung für Sendeanlagen nicht wahr, da es keinen Beschluss zu einem Mobilfunkvorsorgekonzept gibt. Seit 2005 werden Konflikte

mit den Bürgern ausgesessen; für den Kirchentag wird jetzt in der Innenstadt als Stückwerk für viel Geld ein WLAN-Netz aufgebaut, statt gleich die St. Gallener Erfahrungen einzubeziehen.

Zum Abschluss standen Herr Künzle und Herr Hensinger für die Fragen und Anregungen der rund 70 Besucher der Veranstaltung zur Verfügung.



Kleinstzellen an Häuserfassade

Arbeitskreis der Bezirksbeiräte auf den Stuttgarter Fildern hat sich konstituiert

von Gerd Hütter



v. l. n. r.: Stefan Urvat, Jochen Buchholz, Sebastian Exner, Gerd Hütter, Wolfgang Höpfner, Lazlo Peters

Am 23.1.15 trafen sich Bezirksbeiräte_innen der Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus aus den Stuttgarter Filderbezirken: Vaihingingen, Möhringen, Degerloch, Sillenbuch, Birkach und Plieningen im Clara-Zetkin Heim, um sich als Filderarbeitskreis zu konstituieren und über die künftige gemeinsame Zusammenarbeit zu sprechen. Die Teilnehmer_innen waren sich einig, dass eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung bei stadtbezirksübergreifenden Themen erforderlich ist, um erfolgreiche Lösungen auf kommunalpolitischer Ebene zu erarbeiten, die von allen Stuttgarter Filderbezirken und damit auch von den Bürgern_innen akzeptiert werden. Dazu wird es auch öffentliche Veranstaltungen zu Schwerpunktthemen geben.

Schwerpunktmäßig wird sich der AK auch mit den Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Stuttgarter Filderbezirke befassen: Baustellenlärm, Verkehrsbelastung durch den Baustellentransport etc.

Nach wie vor lehnen wir das Projekt als unsinniges Milliardengrab ohne Nutzen für den Bürger ab!

In einigen Stuttgarter Filderbezirken sind Unterkünfte für Flüchtlinge errichtet worden. Dort gibt es auch Freundeskreise für Flüchtlinge, die wir tatkräftig unterstützen. Wir freuen uns, dass die Flüchtlinge in den Stadtbezirken willkommen sind.

Weitere bezirksübergreifende Themen, an denen wir künftig gemeinsam arbeiten werden, sind unter anderem:

Fluglärm, Entwicklung des Flughafens Stuttgart

Der Flächenverbrauch und die Lärmbelastung durch den Flughafen sind immens. Wir sind gegen eine Kapazitätserweiterung des Flughafens (Westerweiterung und 2. Start- und Landebahn) und fordern Lärminderungsmaßnahmen wie Einhaltung einer ununterbrochenen Nachtruhe von 8 Stunden.

ÖPNV und Radverkehr auf den Fildern

Um Feinstaub und CO² Ausstoß zu reduzieren, sind ÖPNV und Radverkehr vorrangig zu fördern. So sollen z. B. die Verbindungen der U8 zwischen Ostfildern und Vaihingingen verbessert werden und die Buslinie 65 direkt zum Flughafen geführt werden. Der Radverkehr ist auch innerhalb der Stadtbezirke durch Ausbau eines sicheren Wegenetzes zu fördern.

Wohnen und Verkehr

Auch auf den Fildern gilt: Bezahlbaren Wohnraum schaffen, es sind hier die Stadt und die Wohnungsbaugenossenschaften gefordert! Eine Filderauffahrt als Verbindung zwischen B10 und A8 darf nicht zu Lasten der Wohnbevölkerung und des Landschaftsschutzes gehen. Letztes Schwerpunktthema unserer Treffen war der Öffentliche Nahverkehr auf den Fildern. Hierzu trafen wir uns am 24.04. im Bürgerhaus Möhringen. Es referierte unser Regionalrat und Verkehrsexperte Wolfgang Hoepfner. Nächstes Treffen ist am 11.06.2015.

„Wir wollen daran arbeiten, dass die Fildern weiterhin lebenswert bleiben und die Anliegen der Bürger_innen mehr Beachtung finden als bisher“, so das Ergebnis des Treffens.

Kontakte in den Stadtbezirken zu den Bezirksbeiräten

Vaihingen:

- Gerhard Wick, gerhard.wick@soeslinkeplus.de
- Rainer Blind, rainer.blind@soeslinkeplus.de
- Reinhard König, reinhard.koenig@soeslinkeplus.de
- Gabriele Glaßmann, gabriele.glassmann@soeslinkeplus.de

Möhringen:

- Barbara Hummel, barbara.hummel@soeslinkeplus.de
- Christian Brugger-Burg, christian.brugger-burg@soeslinkeplus.de
- Horst Fleischmann, horst.fleischmann@soeslinkeplus.de
- Yvonne Yelting, yvonne_yelting@yahoo.de

Degerloch:

- Karin Puschner, puschner.karin@soeslinkeplus.de
- Hiltrud Reuss, hiltrud.reuss@soeslinkeplus.de

Birkach:

- Sebastian Exner, sebastian.exner@soeslinkeplus.de
- Lazlo Peters, laszlo.peters@soeslinkeplus.de

Plieningen:

- Gerd Hütter, ghuetter@gmx.de
- Jochen Buchholz, jochen.buchholz@soeslinkeplus.de

Sillenbuch:

- Manfred Riesle, mafred.riesle@soeslinkeplus.de
- Irene Kamm, irene.kamm@soeslinkeplus.de

Unsere Stadträte für die Fildern sind:

- Gangolf Stocker(SÖS) gangolf.stocker@stuttgart.de
- Stefan Urvat (Piraten), stefan.urbat@stuttgart.de

Fraktionschronik 1. Quartal 2015

von der Redaktion

Anträge/Anfrage

19.01. Änderung der Sondernutzungsrichtlinien

Wir beantragen, die Richtlinien zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf den öffentlichen Verkehrsflächen in der Stuttgarter Innenstadt zu ändern.

21.01. Amtsblatt: Online-Ausgabe prüfen

Ein Dokument wie das Amtsblatt muss es auch als Online-Ausgabe geben.

21.01. Dokumentation denkmalgeschützter Gebäude

Vom Stadtarchiv und Historikern in Stuttgart wissen wir, dass es keine öffentlich erhältlichen Listen denkmalgeschützter Gebäude gibt mit dem angeblichen Hinderungsgrund Datenschutz.

21.01. Betreuungsstadträte auf Stuttgart.de aufnehmen

Es ist wünschenswert, dass die Betreuungsstadträte auf den Seiten der Bezirksbeiräte ebenfalls aufgeführt werden.

21.01. Vorhabensliste für Stuttgart für die Einwohner

Es wird die Pflege einer Vorhabensliste angestrebt. In dieser wird alles gesammelt und veröffentlicht, was aus den Reihen der Verwaltung und des Gemeinderats sowie weiterer Akteure in Stuttgart ernsthaft geplant oder diskutiert wird, sofern dem nicht der Schutz vitaler Interessen entgegensteht (z. B. Grundstückskäufe der Stadt).

05.02. Rosenstein auf rechtlich sichere Füße stellen

Wir beantragen: Der Oberbürgermeister gibt ein Rechtsgutachten in Auftrag, das prüfen soll, ob erst ein Entwidmungsverfahren eingeleitet werden muss und welche Voraussetzung ein Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen (EIV) erbringen muss, um die alte Trasse zu erhalten und zu befahren.

05.02. Appell des Gemeinderats der Stadt Stuttgart an Landesregierung

Führen Sie einen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge ein! In Konstanz hat das „Internationale Forum“ einen Resolutionstext mit der Forderung eines Winterabschiebestopp in Baden-Württemberg eingebracht. Der Stuttgarter Gemeinderat sollte diese Initiative aufgreifen.

12.02. Zukunftsstadt – Stuttgart für Alle

Die Verwaltung prüft die Auslobung des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“ auf die Möglichkeit einer Teilnahme der Stadt Stuttgart mit dem Ziel der Erarbeitung einer Vision für eine Stadt „Stuttgart für Alle“.

18.02. Tempo 30 auf Vorbehaltstraßen

Wir beantragen: Die Verwaltung beziffert zu den Haushaltsplanberatungen die Einspareffekte durch die flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf den Vorbehaltstraßen für den Stadthaushalt.

20.02. Stuttgarter Konzeptverfahren in Erbpacht

Wir beantragen: Die Flächenvergabe an Bauträger erfolgt ausschließlich in Form von Erbpachtverträgen. Das Stuttgarter Konzeptverfahren wird entsprechend angepasst. Die Flächenvergabe erfolgt ausschließlich nach der Konzeptqualität.

Pressemitteilungen

12.02. Besetzung der Stelle des Bürgermeisters für Städtebau und Umwelt

Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, die Stelle des Bürgermeisters für Umwelt und Stadtplanung in einem offenen Prozess und ausschließlich nach fachlichen Kriterien zu besetzen statt der bisherigen Praxis der Vergabe nach politischer Zugehörigkeit.

24.02. Gute Konzepte und eine schöne Gestaltung ersetzen keine Stadtentwicklungspolitik

Was in Stuttgart fehlt, ist vor allem eine in der Bevölkerung breit getragene Vorstellung davon, wie wir in Zukunft in Stuttgart leben und arbeiten wollen.

05.03. Stuttgarter Wohnungsnot – Der Markt hat versagt.

Wir fordern OB Kuhn auf, jetzt unverzüglich eine Vorlage für eine Zweckentfremdungssatzung ausarbeiten zu lassen und damit unserem Antrag zu entsprechen.

11.03. Gegen einen Maulkorb für kommunale Gremien – Für mehr Transparenz.

Mit unseren Transparenzanträgen haben wir unter anderem die Videoaufzeichnung von Gemeinderatssitzungen und beschließenden Ausschüssen gefordert. Die Forderung nach Transparenz muss für alle Ebenen und Bereiche gelten.

26.03. Stuttgarter Nachrichten: Presse im Dienste der Bahn

Jörg Hamann, langjähriger Leiter der Lokalredaktion der „Stuttgarter Nachrichten“, wird Nachfolger des ausgeschiedenen Wolfgang Dietrich. Was wir schon seit langem geahnt haben, bestätigt sich nun. Teile der Stuttgarter Presse arbeiten seit Jahren im Sinne der Bahn.

04.03. Urbane Energiewende.

Wir beantragen: Die Verwaltung beauftragt die Erstellung eines Energienutzungsplans für das Stadtgebiet Stuttgart. Dieser wird als Planungsinstrument über das städtische Geoinformationssystem ständig ämterübergreifend fortgeschrieben. // Die Stadtwerke werden als natürliche Partnerin in Energiefragen in alle Prozesse der Stadtverwaltung eingebunden, die Fragen der Energieversorgung betreffen, insbesondere bei Stadterneuerungsprozessen in den Quartieren.

05.03. Kooperativer Rahmenplan „Rathausquartier und Marktplatz“.

Wir beantragen: Die Aufstellung eines Rahmenplans Rathausquartier unter besonderer Berücksichtigung des Marktplatz-Areals. // dass die Stadt Stuttgart keine Flächen und Immobilien in Besitz und Nutzung der Stadt Stuttgart rund um das Rathausquartier verkauft. // die Anwohner_innen und interessierten Bürger_innen durch eine offene Bürgerbeteiligung in den Planungsprozess einzubeziehen.

Veranstaltungen/Termine

30./31.01. Städtebausymposium STUTTGART FÜR ALLE – Wohin entwickelt sich unsere Stadt?

Die besonderen Qualitäten der Stadt sind akut bedroht. Es wird höchste Zeit für eine öffentliche, breite Diskussion, wohin sich unsere Stadt entwickeln soll. Die Tagung soll den Blick weiten und einen „Baustein“ zur öffentlichen Diskussion beitragen. Eine gemeinsame Veranstaltung unserer Fraktionsgemeinschaft mit den ArchitektInnen für K21 und dem Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21.

11.02. Vollversammlung aller Bezirksbeiräte_innen der Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus

Thematischer Schwerpunkt „Bürgerhaushalt Stuttgart“.

11.03. S 21-Brandschutz: Unvollständig – Untauglich – Durchgefallen?

Die Sichtung der neuesten von der Bahn beim EBA eingereichten Unterlagen zeigt, dass das Brandschutz-Konzept der Bahn für den Tiefbahnhof nach wie vor unvollständig, untauglich, und nicht genehmigungsfähig ist.

13./14.03. Klausur der Stadträt_innen der Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus

16.04. Mobilfunkversorgungskonzept St. Gallen (siehe Artikel Seite 9)

12.03. Ablehnung von TTIP/TISA/CETA – Öffentliches Dienstleistungs- und Vergabewesen vor Freihandelsabkommen schützen.

Wir beantragen: Der Gemeinderat erklärt seine Ablehnung von TTIP, TISA und CETA und der daraus resultierenden Einschränkungen kommunaler Selbstverwaltung. Er schließt sich der im Beschluss vom 12. Februar 2014 erklärten Position des Deutschen Städtetags an.

19.03. Stuttgart 21 und Brandschutz.

Wir fordern: Die Bahn stellt ihr Brandschutzkonzept im UTA vor, und zwar zeitnah. Herr Dr. Engelhardt wird dazu ebenfalls eingeladen.

Die ausführlichen Antragstexte, Pressemitteilungen und Veranstaltungsberichte finden Sie auf: www.soeslinkeplus.de

Wir bleiben dran!

von der Redaktion

Im Stadt.Plan 01/2014 haben wir mit dem Artikel „Werfen OB Kuhn und BM Föll den Stuttgarter Westen den Immobilienhaien zum Fraß vor?“ die Wohnungsnot im Stuttgarter Westen angesprochen. Wir haben die Sache in unserer Fraktion weiter verfolgt, zum einen mit einer Veranstaltung im Bürgerzentrum West am 3.3. und mit Anträgen im Bezirksbeirat West und im Gemeinderat. Was ist daraus geworden?

Verzicht auf sozialen Wohnungsbau und Investorengeschenke

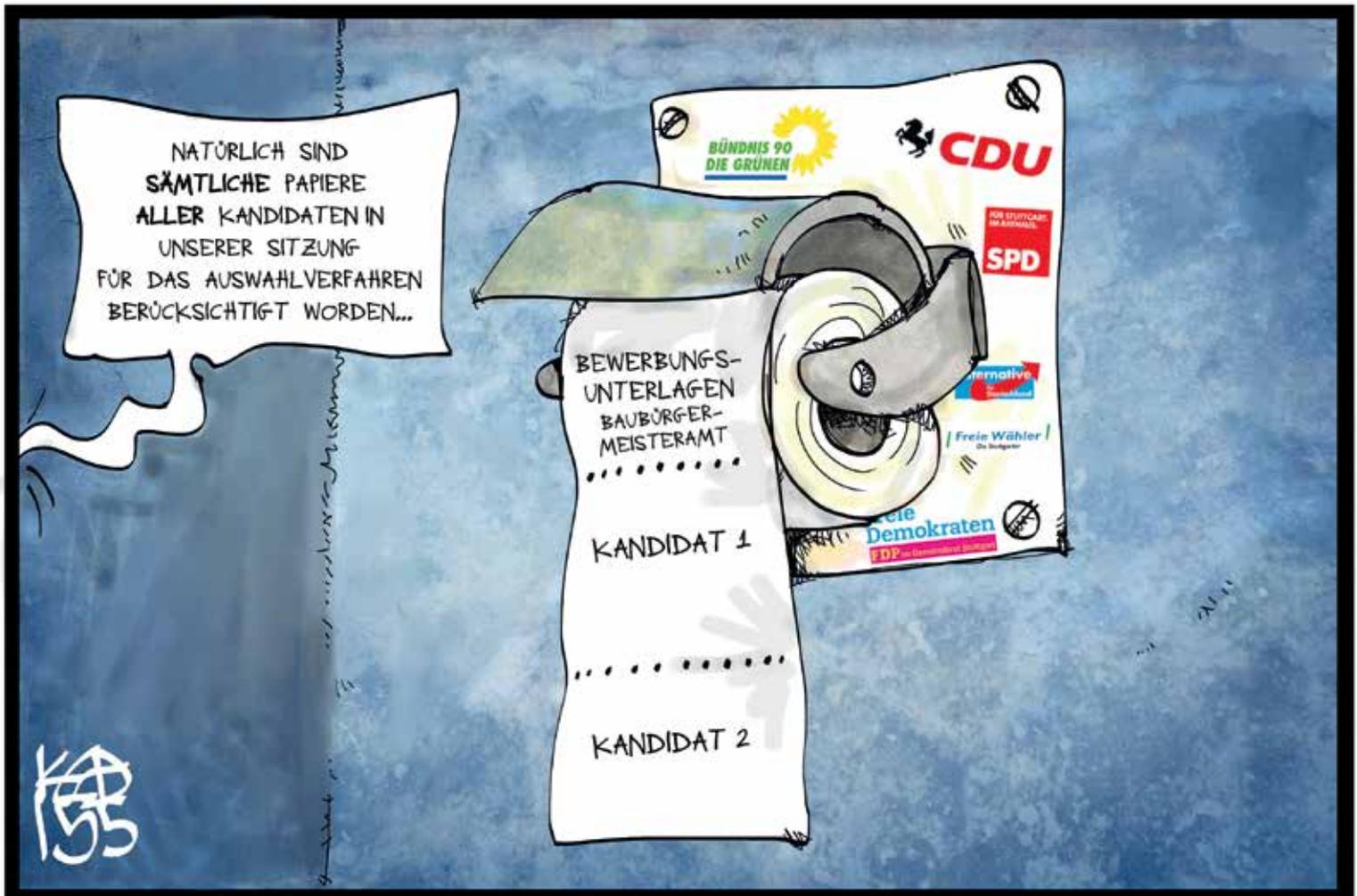
Es ist eine Posse. Im Vogelsang besitzt die SSB, also die Stadt Stuttgart, ein Areal, das bebaut werden soll. Eine Chance, selbst bezahlbare Wohnungen zu bauen. Doch die Stadt denkt nicht daran. Sie bzw. die SSB verkauft an den höchst bietenden

Investor. Bedingung: 20 % der Wohnungen müssen geförderter Wohnraum sein. Statt dies ohne Wenn und Aber als Bedingung zu stellen, gleicht die Stadt dem Investor den zu erwarteten Profitverlust bei den Mieten gleich mit einem Geschenk von 550 000 Euro aus. Dieses Geld bekommt die Stadttochter SSB als Subvention für den erwarteten niedrigeren Verkaufs-Preis. Das ist TTIPP-Ideologie im Kleinen: Konzerne bekommen zu erwartende Verluste vom Staat ersetzt. Ironisch kommentiert die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-Plus in einem Antrag diesen Vorgang:

Antrag: Die Logik der Verwaltung

Auf unseren Antrag bzgl. des SSB-Geländes im Vogelsang, antwortet der OB, dass die SSB-AG derzeit den Verkauf des Areals

betreibt und infolge dessen ein Erwerb durch die Landeshauptstadt ausscheidet. Also in etwa: Die Landeshauptstadt (= SSB) betreibt den Verkauf, und deshalb kann die Landeshauptstadt das zu verkaufende Gelände nicht kaufen. Das verstehen wir nicht. Weil es bereits einen Bebauungsplan gibt, kommt SIM nicht zur Anwendung. Da es nun aber doch angewandt werden soll, kann der Erwerber mit einem Abschlag des Verkaufspreises rechnen. Somit wäre es jetzt nur folgerichtig, wenn die Stadt das Gelände selbst erwerben würde und dann SIM in beliebiger Höhe zur Anwendung kommen kann. Aufgrund der angespannten Wohnungssituation ist dies ausgesprochen sinnvoll.



Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-Plus,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
V.i.S.d.P. Tom Adler, Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE, der Piratenpartei und der Studentischen Liste – junges Stuttgart.

SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist

mit drei Stadträten vertreten: Guntrun Müller-Enßlin, Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Laura Halding-Hoppenheit, Christoph Ozasek und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und haben sich 2014 mit der Piratenpartei, vertreten durch Stefan Urvat und mit der Studentischen Liste – junges Stuttgart«, vertreten durch Christian Walter, erweitert.

Fotos: Roland Hägele, Wolfgang Rüter, Redaktion
Gestaltung: preiselbeerdesign.de
Druck: UWS Papier & Druck GmbH

Die digitale Ausgabe können Sie entweder per E-Mail unter soeslinkeplus@stuttgart.de bestellen oder unter www.soeslinkeplus.de herunterladen.